

## 2017 - Februar - Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

---

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 05/17

### ► Facebook-»Wahrheitsprüfer« gerät selbst in die Kritik:

Die Recherche-Plattform *Correctiv*, die seit Neuestem Facebook-Einträge auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft, kommt selbst in die Schlagzeilen, weil sie einen brisanten Bericht korrigieren musste. Es geht um eine medizinische Landkarte, die zusammen mit dem AR D-Wirtschaftsmagazin *Plusminus* veröffentlicht wurde. Die Karte wies aus, welche Krankenhäuser angeblich hygienisch sind und welche nicht. Nach heftiger Kritik an sachlichen Fehlern — teilweise fehlerhafte und veraltete Daten — wurde die Karte zurückgezogen.

### ► Merket schlägt in Migrationskrise neue Töne an:

Die Bundestagswahl rückt näher und die Kanzlerin passt ihre Rhetorik entsprechend an, während Sicherheitsbehörden auffallend häufiger Razzien durchführen und die ersten - wenn auch minimalen Abschiebungen - berichtet werden. Merket sprach bei einer Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrates vor ein paar Tagen mit Blick auf die Migrationskrise von einem »Angriff«. Die Begründerin der »Willkommenskultur« sieht demnach einen »Angriff auf etwas Konstitutives in unserer Europäischen Union, (...) auf unsere Außengrenzen«.

### ► Bundespolizei gefährlich ausgedünnt:

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Grünen-Anfrage bestätigt, dass wegen der personell angespannten Lage der Bundespolizei 47 Reviere nicht ständig besetzt werden können. Jahrelange Sparpolitik, zusätzliche Terroraufgaben und die wachsende Kriminalität im Zuge der starken Zuwanderung haben die Bundespolizei so strapaziert, dass allein in Nordrhein-Westfalen auf zwölf Revieren die Mitarbeiter nicht mehr ausreichen und in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern sowie in Bayern jeweils vier Reviere ihre Aufgaben nicht mehr vollständig wahrnehmen können. Doch die Bundesregierung wiegelt ab: Eine Gefahr für die innere Sicherheit bestehe nicht.

### ► Sozialbetrug durch Asylbewerber:

Eine Mitarbeiterin der Landesaufnahmebehörde Braunschweig hat im NDR-Regionalmagazin *Hallo Niedersachsen* die mögliche Vertuschung von Sozialbetrug in etwa 300 Fällen durch Mehrfachidentitäten von Flüchtlingen thematisiert. Als sie den Fall aufdeckte, sei sie von den damaligen Vorgesetzten angewiesen worden, die entsprechen-

den Akten in den Keller zu tragen. Niedersachsens Innenminister [Boris Pistorius](#) (SPD) wies die Vorwürfe zurück, es habe »keine Vertuschung von Sozialleistungsbetrug gegeben«. Der Ausnahmezustand infolge des Migrationsstroms habe dazu geführt, dass es eine Kommunikationsspanne zwischen Behörden gegeben hat.

#### ► **Migrationskrise kostete den Bund 2016 offiziell 21,7 Milliarden Euro:**

Das geht aus dem am 27. Januar veröffentlichten Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervor. Der zweitgrößte Posten war mit 7,1 Milliarden Euro die »*Bekämpfung von Fluchtursachen*«, gefolgt von Integrationsleistungen mit 2,1 Milliarden und Sozialtransfers mit 1,7 Milliarden. An Bundesländer und Kommunen überwies der Bund zur Entlastung 9,3 Milliarden. Der Konjunkturchef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Ferdinand Fichtner, spricht offen von einem »*riesigen Konjunkturprogramm*«. Gemeint ist das, was der langjährige Chefredakteur von *Kopp Exklusiv*, [Udo Ulfkotte](#), als Asylindustrie ausführlich beschrieben hat.

#### ► **EU-Kommission bereitet Bargeld-Restriktionen vor:**

Auf Wunsch des Wirtschafts- und Finanzkomitees erarbeitet die Kommission in Brüssel neue Vorgaben für Bargeldgeschäfte. Bis 2018 soll ein Plan erstellt werden. Auf der Homepage der EU-Behörde gibt es dazu Angaben. Es geht angeblich darum, kriminelle Geschäfte wie Drogenhandel und Waffenverkäufe zu unterbinden, ein Vorwand, den der Kopp-Autor [Michael Brückner](#) in seinem Buch *Achtung! Bargeldverbot!* entlarvt hat. Die Kommission will, dass Bargeldgeschäfte ab einer bestimmten Grenze durch Überweisungen ersetzt werden müssen und dass ab einer gewissen Summe eine Meldung an die zuständigen Behörden erfolgen muss.

#### ► **Amtsenthörung durch Mord an Trump?**

Im ARD-Pressclub am 22. Januar brachte *ZEIT-Herausgeber Josef Joffe* »*Mord im Weißen Haus*« als mögliches Mittel zu einer Amtsenthebung von [Donald Trump](#) ins Spiel. Die salopp hingeworfene Bemerkung kann man auf Youtube anhören. Ihr ging die Frage einer Zuschauerin voraus, die wissen wollte, ob es ein rechtlich mögliches Szenario zur Amtsenthebung des 45. US-Präsidenten gebe. Die Publizistin [Constanze Stelzenmüller](#) beantwortete die Frage zuerst und sprach von ziemlich hohen Hürden, die dagegenstünden. Sie gab an: »*Da muss schon ziemlich viel passieren.*« Im Kampf gegen Kritiker ist hierzulande schon viel passiert. Nach der Verengung des Meinungsspektrums auf »*Schießschartengröße*«, wie es *Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart* nannte, folgt inzwischen immer öfter der Versuch von selbst ernannten politischen Tugendwächtern, Kritiker mit dem Entzug von Aufträgen zum Schweigen zu bringen. Und jetzt der Gedanke an Mord. Die Pop-Ikone [Madonna](#) hat nach Trumps Amtseinführung laut von ihren Phantasien gesprochen, das »*Weiß*

*Haus in die Luft zu jagen*«. Zensieren, ruinieren, massakrieren: eine beängstigende Spirale in linken Köpfen, die ansonsten exklusiv vor »*rechter Gewalt*« warnen.

+++

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 06/17

► **Bunte Münchner Kriminalitätsbilanz:**

Die Polizei in der weiß-blauen Metropole hat für 2016 Bilanz gezogen und meldet, dass der Anteil »*nichtdeutscher Tatverdächtiger*« auf 48 Prozent gestiegen sei. Drogen, Schwarzfahren und rohes Verhalten sind die häufigsten Deliktformen und Straftaten. Erstmals werden mutmaßliche Straftaten von Asylbewerbern separat ausgewiesen. Sie sollen einen Anteil von 8,6 Prozent an allen Tatverdächtigen haben.

► **Gescheiterte VW-Aufklärung?**

Die ehemalige SPD-Verfassungsrichterin und Ministerin im Kabinett von *Hans Eichel* in Hessen, *Christine Hohmann-Dennhardt*, verlässt VW nur 13 Monate nachdem sie im Vorstand des Konzerns für Recht und Integrität die Verantwortung übernommen hatte. Sie sollte unter anderem den Diesel-Skandal aufarbeiten. Das Debakel ist aber noch längst nicht zu den Akten gelegt. Mehr als 12 Millionen Euro soll Hohmann-Dennhardt für das eine Jahr Arbeit bekommen.

► **Schon wieder George Soros:**

Drei Wochen nachdem die Regierung von Ungarn angekündigt hat, gegen alle von *George Soros* finanziell unterstützten NGOs vorzugehen, hat Außenminister *Peter Szijarto* dem Milliardär vorgeworfen, einen Sturz der Regierung zu betreiben. Szijarto bezeichnete Soros als »undemokratisch«, weil er versuche, von außerhalb des Landes die Wähler in Ungarn zu manipulieren. Gemessen an dem Getöse in den deutschen Medien wegen angeblicher Manipulation der US-Präsidentenwahl durch russische Hacker — die bis heute nicht bewiesen ist — sollte diese Nachricht hierzulande viel Beachtung finden. Die deutsche Presse hat sich aber in diesem Fall auffallend zurückgehalten. Dafür berichteten die Qualitätsmedien, dass Soros für Europa schwarz sehe und Deutschland vorwirft, sich wie eine hegemoniale Macht aufzuführen. Vor wenigen Tagen hat zudem die niederländische Finanzaufsicht »aus Versehen« geheime Börsenwetten von *George Soros* veröffentlicht.

► **Wieder ein GEZ-Verweigerer in Haft:**

Das Amtsgericht Wermelskirchen hat am 1. Februar *Henning Dornauf* in Beugehaft genommen. Das Vorstandsmitglied der *Jungen Alternative* im Bezirksverband Köln wurde in polizeilichen Gewahrsam genommen, nachdem er seit Jahren die Zwangsabgabe nicht entrichtet hatte und insgesamt über 700 Euro Forderungen gegen ihn aufgelaufen waren. Dornauf, nach eigener Auskunft »Selbständiger im Schutzgewerbe«, weigerte sich bis zuletzt, Auskunft über seine Vermögenssituation zu geben.

### ► Österreich:

Jeder vierte Gardesoldat ist Moslem: In unserem Nachbarland sorgt der Brief einer Soldatenmutter für Aufregung. Die Frau, deren Sohn als christlicher »Präsenzdiener« bei der Garde arbeitet, schrieb an die *Kronen Zeitung*: »Die Muslime bilden Gruppen, sie sprechen kaum mit den christlichen Österreichern ... immerhin lernen die alle, wie man mit der Waffe umgeht. Muss das sein, dass so viele Muslime bei einer Eliteeinheit ihren Wehrdienst ableisten?« Laut der Zeitung dienen die nichtchristlichen Soldaten unter »*der Bataillons-Fahne der Madonna Immaculata (der jungfräulichen Maria) und beten zu Allah: Bereits 400 Muslime exerzieren in der 1600 Mann starken Garde, laut einer Heeres-Quelle hat sich die Zahl seit 2011 verdoppelt.*« Wichtigster Grund für die Zunahme von 160 auf 400 muslimische Gardesoldaten binnen kurzer Zeit sei, dass derzeit ganz überwiegend im Großraum Wien rekrutiert werde. Und dort leben immer mehr Muslime.

### ► Fußfesseln für Terrorverdächtige Islamisten:

Das hat die niedersächsische Landesregierung jetzt angekündigt. *Boris Pistorius* (SPD) und die Justizministerin *Antje Niewisch-Lennartz* (Grüne) stellten ein entsprechendes Eckpunktepapier vor. Das Ganze riecht stark nach Aktivismus vor der Wahl, um die Bürger zu beruhigen. Denn *Pistorius* räumte ein, dass ein Anschlag mithilfe der Fußfessel nicht verhindert werden könne. Die Maßnahme wird neben Passenzug und Meldeauflagen als »*ein weiterer sinnvoller Baustein*« verkauft.

### ► Italiens Banken — Druckwelle schon vor der Explosion:

Bankenaufseher und andere Insider sind besorgt. Im Rahmen einer 13 Milliarden Euro umfassenden Kapitalerhöhung will die italienische Unicredit drei Milliarden bei ihrer deutschen Tochter *Hypovereinsbank* abziehen. Die HVB wird im Rahmen einer Sonderdividende belastet. Damit beginnt das Banken-Pulverfass Italien, auch die deutsche Bankenlandschaft zusätzlich zu destabilisieren.

+++

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 07/17

### ► Schrille Warnung des IWF zu Griechenland:

Der Internationale Währungsfonds sieht Griechenlands Finanzen auf einem »*explosiven*« Pfad und damit die Zukunft der Eurozone bedroht. In einem neuen Bericht warnt der IWF, dass der Schuldenstand des Landes mit 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts »nicht tragbar« sei, und fordert die Gläubiger der Euro-Zone zu mehr Schuldenerlass auf. Nach jahrelanger Sparpolitik wachse die Wirtschaft in Griechenland auch bei voller Umsetzung der vereinbarten Reformen nicht schnell genug, um der Schuldenspirale zu entkommen. Die Warnung hat zu heftigem Streit mit den Eurokraten in Brüssel geführt. Diese finden das Papier zu pessimistisch. Der Präsident der Eurogruppe, *Jeroen Dijsselbloem*, behauptet, Griechenland stehe besser da als vom IWF beschrieben. Die Eurogruppe will erst Mitte 2018 weitere

Maßnahmen prüfen, »*aber nicht davor*«. Bis dahin sind die brisanten Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland vorbei.

► **Österreich bietet Nachbarn Armee zur Schließung der EU-Außengrenzen an:**

Monatelang haben führende Politiker und Mainstream-Medien hierzulande behauptet, eine Schließung der Landesgrenzen könne den Migrantengstrom nicht aufhalten. Dann machten die *Visegrád-Staaten* im Frühjahr 2016 Ernst und alle Massenmedien berichteten brav, nun sei die Balkanroute zu. Das GEZ-Fernsehen verzichtet seitdem auf Bilder. Jetzt macht Österreich Druck, um die Route ganz zu schließen, denn es kommen immer noch 500 bis 1000 Flüchtlinge am Tag auf der Strecke ins Land. Und die Zweifel an der Einhaltung des Türkei-Deals wachsen. Mit 15 Ländern, darunter Ungarn, Bulgarien, Albanien und Mazedonien, soll die Route ganz abgeriegelt werden. Österreichs Verteidigungsminister *Hans Peter Doskozil* gab jetzt bekannt, dass seine Regierung eine Gesetzesänderung erarbeitet, um eine Verlegung von Soldaten ins Ausland nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch zum Schutz von Grenzen zu erlauben, wenn Nachbarländer ganz förmlich darum ersuchen.

► **Petition will in USA die Antifa als Terror-Organisation einstufen:**

Nach schweren Ausschreitungen von Linksextremisten an zwei US-Universitäten fordern aufgebrachte Amerikaner jetzt eine Einstufung der Antifa als Terrorgruppe. »*Terror ist in seinem weitesten Sinne die bewusste Anwendung von Gewalt zur Erzeugung von Angst, um ein politisches, religiöses oder ideologisches Ziel zu erreichen. Die Antifa hat immer wieder gezeigt, dass sie mehr als bereit und in der Lage ist, diese Kriterien zu erfüllen. Wir ersuchen den Präsidenten der USA, die Antifa zu einer inländischen Terrororganisation zu erklären*«, heißt es wörtlich in der Petition. Bis zum 8. Februar haben fast 63.000 Unterstützer die Petition unterzeichnet.

► **Neuer Rückschlag für den Dollar:**

Der Iran will im März dem Dollar ade sagen. Das hat der Gouverneur der iranischen Zentralbank in einem TV-Interview angekündigt. Die US-Währung soll dann von dem Ölexporteur endgültig nicht mehr verwendet werden. Der Iran könnte stattdessen auf andere Währungen wie den Euro ausweichen. Die Auswirkungen dieses Schritts dürften begrenzt sein. Der Iran konnte wegen der Sanktionen jahrelang seine Transaktionen nicht in Dollar abrechnen. Unklar, aber naheliegend ist, ob die Ankündigung aus dem Iran eine Reaktion auf die härtere Gangart der neuen US-Regierung unter dem Präsidenten Donald Trump darstellt.

► **Strahlung in Fukushima steigt in »unvorstellbare Höhen«:**

Die Mainstream-Medien sind voll und ganz mit ihren Attacken auf Donald Trump beschäftigt, und zwar so sehr, dass sie der Eskalation der Situation an den schwer

beschädigten Reaktoren in Fukushima so gut wie keine Aufmerksamkeit schenken. Dabei geben Experten Großalarm. Laut der *Japan Times* ist die Strahlung am Schutzmantel um den Reaktor 2 auf »530 Sievert pro Stunde« angestiegen. Der bisherige Rekord an dem Reaktor waren 73 Sievert. Schon 10 Sievert pro Stunde würden einen Menschen töten. Offenbar hat sich nukleares Brennmateriale ein 2 Meter großes Loch gefressen. *Bloomberg* zeigt Bilder, die das nahelegen sollen. *Tepeco* will jetzt einen Roboter losschicken, um Radioaktivität und Temperatur des ausgetretenen Materials zu messen. Berichte in Japan legen einen Austritt des Materials ins örtliche Grundwasser nahe. Laut' PBS sind mindestens 80 Prozent des radioaktiven Materials in den Pazifischen Ozean geflossen, wo es *der Kuroshio-Strom*, ein Gegenstück zum Golfstrom, weiter verteilt hat. Entlang der nordamerikanischen Pazifikküste mehren sich Berichte über drastische Rückgänge von Fischpopulationen und die Insolvenz lokaler Fischer.

► **Mehrheit will keine weitere Einwanderung aus muslimischen Staaten:**

Eine neue Umfrage von *Chatham House* unter 10.000 Europäern in 10 Ländern hat ergeben, dass mehr als die Hälfte der Menschen — 55 Prozent — mit der Aussage übereinstimmen, dass jeder weitere Zuzug aus mehrheitlich muslimischen Ländern gestoppt werden soll. In Polen ist die Ablehnung mit 71 Prozent am größten. In Österreich liegt der Prozentsatz bei 65. Und in Deutschland lehnt mit 51 Prozent ebenfalls die Mehrheit der Befragten eine anhaltende Einwanderung aus muslimischen Ländern ab. Im Klartext: in weiten Teilen der EU regiert die politische Kaste klar gegen die Mehrheitsmeinung im Volk. In Deutschland regiert sie sogar gegen eine absolute Mehrheit.

+++

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 08/17

► **Zersetzungskampagne gegen Trump:**

Wie *WikiLeaks* kürzlich enthüllte, betreiben einflussreiche Gegner des amtierenden Präsidenten *Donald Trump* eine gezielte Kampagne zur Destabilisierung, die auch für den Rücktritt des Nationalen Sicherheitsberaters *Michael T. Flynn* verantwortlich sei. Wie *WikiLeaks-Gründer Julian Assange* kommentiert, finde zwischen der gewählten US-Regierung und den US-Geheimdiensten derzeit ein regelrechter »Kampf um Dominanz« statt. Die von *Multimilliardär George Soros* finanzierte Netzwerkseite [Meetup.com](https://www.meetup.com) forciert nationale Anti-Trump-Protteste.

► **Edward Snowden schützt Reporter:**

*US-Whistleblower* und Auslöser der »NSA-Affäre« *Edward Snowden* macht sich Sorgen um die Pressefreiheit. Er will Journalisten und ihre Quellen vor staatlich finanzierten Hackern und Überwachung schützen. Deshalb fungiert *Snowden* seit einiger Zeit als Präsident einer Stiftung zur Pressefreiheit. Sie soll investigative Reporter und Medienrepräsentanten effektiv gegen solche Anfechtungen wappnen

und unabhängige Aufklärungsarbeit sichern. Eine Expertengruppe um *Snowden* bereitet dazu spezielle Software sowie Hardware-Modifikationen der von Journalisten genutzten Geräte vor.

#### ► **NRW jetzt für Polizistinnen zu gefährlich:**

In den Städten Nordrhein-Westfalens hat die Sicherheit so nachgelassen, dass die Polizei für weibliche Beamte besondere Schutzmaßnahmen ergreift. In Problemvierteln sollen nun Streifenwagen nicht mehr mit rein weiblicher Besetzung unterwegs sein. Ein Sprecher des Polizeipräsidiums Essen: *»Wir achten darauf, dass es möglichst gemischte Streifen gibt. Man muss sehen, dass es Einsätze gibt, wo es zu Gewaltanwendung kommen kann. Und da ist es schon von Vorteil, wenn eine männliche Person dabei ist.«* In Duisburg oder Essen hätten kriminelle Banden mittlerweile ganze Straßenzüge unter sich aufgeteilt. Viele Migrantengruppen *»kommen aus einem anderen Kulturkreis und respektieren Frauen als Polizisten einfach nicht«*, so kommentiert ein Polizeihauptkommissar, der anonym bleiben will.

#### ► **Adieu EC, das »Raub-Phone« kommt:**

Das *Smartphone* soll künftig *EC-Karten* ersetzen — Banken bewerben das als neue *»kundenfreundliche Technologie«*. Gegenwärtig wird das Konzept getestet. US-Banken wollen ihre Automaten möglichst zeitnah umrüsten, um Smartphone-Abhebungen zu ermöglichen. In Deutschland findet die Technologie ebenfalls bereits Unterstützung, so auch durch die *Volksbank Mittelhessen*. Datenschützer monieren deutliche Sicherheitsrisiken. Probleme gab es schon:

- *Eine Kundin von JP Morgan Chase verlor 2900 Dollar durch Fremdzugriff auf ihr Konto. Kriminelle hatten vermutlich den Onlinebanking-Account der Frau ausgespioniert, um daraufhin das eigene Smartphone für den Raub einzusetzen. Die Kundin selbst nutzte das System nie.*

#### ► **Achtung Ekelfaktor:**

Laut anonymen Aussagen eines erfahrenen Lebensmittelkontrolleurs gibt es auch in Deutschland immer wieder Defizite bei der Hygiene. Zwar müssten nur relativ wenige Betriebe geschlossen werden, doch ungeschultes Personal sei oft für unakzeptable Zustände verantwortlich. Vor allem mangle es bei Sahnemaschinen in Eisdieleen und bei Kaffeeautomaten an Sauberkeit. Ware werde außerdem häufig ohne Handschuhe angefasst, obwohl das Verkaufspersonal ständig mit Geld hantiere. Auch betont der Fachmann vor allem das Problem der Verbrauchertäuschung. Konservierungs- und Farbstoffe werden nicht korrekt oder gar nicht gekennzeichnet, ebenso fehlen Hinweise auf verwendeten Ersatz, beispielsweise zu Käse-Imitat. Im internationalen Vergleich schneiden wir (noch) gut ab, doch der Experte rät: gut hinsehen und Mängel auch einmal beanstanden! Jetzt führt NRW die Hygiene-Ampel ein, deren Farbsymbolik den Verbraucher bei Gastronomie- und Lebensmittelbe-

trieben über die Ergebnisse städtischer Hygienekontrollen informieren soll. Die hier angewandten Kriterien bleiben allerdings umstritten.

► **Unbekanntes Risiko für Flugreisende:**

Forscher berichten über bislang unbekannte »Strahlungswolken«, in denen sich die Exposition für Flugreisende schlagartig mehr als verdoppelt. Die während eines Fluges von London nach Tokio einwirkende Strahlungs-dosis wurde bisher einer Röntgenaufnahme der Brust gleichgesetzt. Aufgrund der nun entdeckten lokalen Konzentrationen muss mit erhöhten Belastungen gerechnet werden. Die Wissenschaftler haben noch intensivere Strahlungswolken identifiziert, wollen aber die Daten nicht veröffentlichen, bevor »alternative Erklärungen gefunden werden«. In der US-Luftfahrt gibt es noch keine festen Standards zur Strahlensicherheit, was sich in den kommenden Jahren ändern dürfte. Und man wird die unsichtbaren, aber messbaren »Wolken« dann wohl umfliegen.

► **Soros-Verbindungen zu NGO-Schleuserflotte:**

Die Organisation *GEFIRA* behauptete unlängst, dass eine ganze Reihe von NGOs daran beteiligt sei, Migrantenmassen von der afrikanischen Nordküste über den Mittelmeerraum in die EU zu schleusen. Aktuelle Recherchen zufolge wird die hier eingesetzte »Armada« teils von *Kreisen um Hillary Clinton* sowie von eng mit *Multimilliardär George Soros* verknüpften Organisationen gesponsert. Nach geltendem EU-Recht könnten sich diese Aktionen als illegal erweisen.